

# SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

## Positionen der SPD-Landtagsfraktion zur Landtagswahl 2021

### 1. Zentralismus

#### Wie können Sie diese Entscheidung entgegen den Verfassungszielen vertreten?

Selbstverständlich steht die SPD-Fraktion zur Verfassung des Landes Baden-Württemberg und insbesondere auch zu dem in Artikel 3a verankerten Gebot, gleichwertige Lebensverhältnisse, Infrastrukturen und Arbeitsbedingungen im gesamten Land zu fördern. Standortentscheidungen lassen sich indes nicht allein auf geografische Gesichtspunkte reduzieren, sondern sind von vielen Faktoren abhängig, und die wiederum liegen nicht immer und ausschließlich im Einflussbereich der Landespolitik. Gleichwohl ist auch der SPD-Fraktion ganz im Sinne des Verfassungsgebotes an der Ausgewogenheit und der angemessenen Entwicklung in Baden gelegen, wie u.a. diese Beispiele aus der Vergangenheit zeigen:

So war die SPD wesentlich mit daran beteiligt, im Bereich der Hochschulfinanzierung die Schere zwischen den Landesteilen sukzessive zu schließen. Inzwischen ist eine Gleichbehandlung der badischen Universitäten erfolgt, der wir uns auch in Zukunft verpflichtet fühlen. Die Einrichtung der Trinationalen Oberrheinregion wurde unter Mitwirkung der SPD vorangetrieben, und wir legen Wert darauf, diese Entwicklung weiterhin zu verbessern. Dazu zählt auch der Ausbau des öffentlichen, rheinüberschreitenden Verkehrs in dieser Region. So erfuhr in unserer Regierungszeit der Hochwasserschutz am Rhein eine höhere Bedeutung, u.a. wurden deshalb die Mittel zum Ausbau der Retentionsräume und zur Ertüchtigung der Dämme spürbar erhöht. Nachdrücklich ist die SPD für die Entwicklung des Nationalparks Nordschwarzwald und das Biosphären-Reservat Südschwarzwald eingetreten, bieten diese doch wichtige Entwicklungschancen für die badischen Regionen. Diese wollen wir auch künftig im Interesse des Landes weiterführen. Im Bereich der kulturellen Förderung liegt uns an einer ausgewogenen personellen Ausstattung in den Museen, denn die Kultureinrichtungen im badischen Landesteil haben eine besondere Strahlkraft in die Nachbarregionen (Rheinpfalz, Schweiz, Frankreich). All diese Punkte zeigen, dass die SPD-Fraktion überall dort, wo sie Verantwortung trägt, stets die Vorgaben der Landesverfassung achtet und beachtet hat. Im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse steht die SPD einer Dezentralisierung aufgeschlossen gegenüber und wird diesem Querschnittsthema in allen Politikfeldern Raum geben.

### 2. Steuereinnahmen und Ausgaben

#### Wie werden Sie in der Zukunft bei der Verteilung der Steuereinnahmen gerechter verfahren?

Für uns gilt die Maßgabe der im Grundgesetz verankerten „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ nicht nur im Finanzumlagesystem unter den Bundesländern (Finanzausgleichsgesetz, FAG), sondern sie muss auch in den Ländern selbst gewährleistet, ja

SPD-Landtagsfraktion  
Haus der Abgeordneten  
Konrad-Adenauer-Str. 3  
70173 Stuttgart

Tel. 0711/2063-719  
Fax 0711/2063-14719  
post@spd.landtag-bw.de  
www.spd-landtag-bw.de

Bankverbindung  
BW-Bank  
IBAN DE21 6005 0101 0002 7434 20  
BIC SOLAEST600

Landtags-  
Fraktion



Baden-  
Württemberg

SPD

hergestellt werden. Dazu kann die „pro Kopf-Berechnung“ bei Investitionen oder Unterstützungsleistungen eine gute Grundlage sein. Da im Haushaltsaufstellungs-verfahren allerdings stets unterschiedliche Maßnahmen in unterschiedlichen Perioden etatisiert werden, ist dies leider nicht in vollem Umfang zu gewährleisten. Ganz anders sieht es natürlich bei Maßnahmen der Instandhaltung oder der Behebung des Sanierungsstaus aus. Hier sollte auf eine gleichmäßigere Verteilung auf die Regionen geachtet werden, ohne das Mittel ungenutzt („liegen“) bleiben. Damit wir aber keine Ost-, West-, Nord- oder Süd-Debatte bekommen, ist auch auf eine einheitliche Verteilung der Mittel über alle Regionen hinweg zu achten.

### **3. Benachteiligung des badischen Landesteils**

#### **Welche Pläne haben Sie, um diese aufgezeigten Schieflagen zu beheben?**

Die von Ihnen dargestellte Situation ist auch für uns unbefriedigend und bedarf aktivem Handeln.

### **4. Trinationale Metropolregion Oberrhein (TMO)**

#### **Welche Initiativen werden Sie ergreifen, um die Trinationale Metropolregion Oberrhein zu stärken?**

Die Trinationale Metropolregion ist ein wichtiger Bestandteil der Frankreich-Konzeption Baden-Württembergs, die sich aus dem erneuerten Aachener Vertrag und den darin verankerten Zielen ableitet. In einem ersten Schritt sieht die Frankreich-Konzeption im Zeitraum 2020/21 ressortübergreifend 29 Einzelmaßnahmen vor, für die im Landeshaushalt über 15 Millionen bereitstehen. Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt seit je her alle Bemühungen und Projekte, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit entlang der Rheinschiene stärken und neue Impulse setzen, um das Zusammenleben mit unseren europäischen Nachbarn auf den Gebieten der Wirtschaft, Wissenschaft, Sicherheit, Gesundheit, Mobilität, Bildung, Umwelt und Verkehr konkret und langfristig zu verbessern. Dazu gehört nicht nur die Reaktivierung der Bahnstrecke Colmar-Breisach-Freiburg oder die Weiterentwicklung des trinationalen Hochschulverbundes und des Europäischen Verbundes für Territoriale Zusammenarbeit „Eucor – the European Campus“ zu einer „Europäischen Universität“, sondern u.a. auch die Verstärkung des trinationalen Kompetenzzentrums TRISAN zur Optimierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Förderung von Kooperationsprojekten im Gesundheitsbereich. Das Reallabor Fessenheim soll dazu beitragen, die Region zu einem Pilotmodell der CO<sub>2</sub>-armen und digitalen Wirtschaft weiterzuentwickeln. Projekte wie z.B. ein grenzübergreifendes Tarifsystem im Bahnverkehr, eine Online-Plattform als gemeinsames Dach für bestehende Strukturen oder auch die verstärkte Kooperation beim Schüleraustausch oder die Einrichtung binationaler beruflicher Ausbildungsgänge sind weitere Bausteine, um die länderübergreifenden Beziehungen zu festigen und voranzubringen. Vor diesem Hintergrund wird sich die SPD-Fraktion auch dafür einsetzen, dass die Trinationale Metropolregion Oberrhein mit ihren Zukunftsprojekten vom neu strukturierten EU-Interreg-Programm VI profitieren kann.

## 5. Mobilität am Oberrhein

### Sind Sie bereit, sich für den dringend erforderlichen Ausbau des Öffentlichen Schienenverkehrs und des Radverkehrsnetzes am Rhein einzusetzen?

Die SPD setzt sich seit schon seit langem für den Ausbau der Schienenwege am Oberrhein ein. Dazu zählen für uns in erster Linie der menschen- und umweltverträgliche Ausbau der Rheintalbahn und der Strecke nach Straßburg. Dazu kommt die Ertüchtigung weiterer Bahnstrecken für den Schienenpersonennahverkehr, wie die Kaiserstuhlbahn und die Elztalbahn. Auch den grenzüberschreitenden Schienenpersonennahverkehr nach Frankreich wollen wir im Rahmen der bestehenden Förderprogramme gerne unterstützen und weitere Strecken ertüchtigen, wenn dies auf beiden Seiten des Rheins gewünscht wird. Das Oberrheintal ist quasi die Wiege des Fahrrads. Aber nicht nur deshalb unterstützt die SPD den Ausbau des Radwegenetzes. Einen besonderen Schwerpunkt werden wir dabei auf den Schluss von Lücken im bestehenden Radwegenetz legen.

## 6. Universitäten und Hochschulen

### 1. Wie gedenken Sie diese Schiefelage in der Finanzierung zu ändern?

Die SPD hat den Hochschulfinanzierungsvertrag für die Jahre 2021 bis 2025 begrüßt. Für die baden-württembergischen Hochschulen ist das durchaus ein zukunftstauglicher Kompromiss. Nachgebessert werden muss aber bei den Punkten, die unter Haushaltsvorbehalt stehen wie die Akademisierung der Gesundheitsberufe und insbesondere bei der Digitalisierung der Hochschullehre. Hierfür werden wir uns in allen Landesteilen einsetzen.

### 2. Wie werden Sie die Forschung und Entwicklung an den badischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen und insbesondere im trinationalen Oberrheingebiet in den Bereichen der Künstlichen Intelligenz, der Batterietechnologie, der industriellen Softwareentwicklung und der Medizintechnik unterstützen?

Künstliche Intelligenz (KI) ist eines der wichtigsten Forschungsfelder unserer Zeit. Sie wird in vielen Bereichen bereits angewandt und beeinflusst zum Beispiel die Entwicklung unserer Mediennutzung, das Gesundheitswesen oder unsere Arbeitswelt. Wir wollen KI-Forschungszentren im Umfeld von Hochschulen und Wissenschaftsclustern über das Land verteilen und damit die Voraussetzung für die Gründung weiterer Cyber-Valley-Regionen schaffen, von denen besonders kleine und mittlere Unternehmen im Technologietransfer profitieren. Wir müssen die KI-Forschung weiter vorantreiben, ohne dabei ethische und gesellschaftliche Aspekte aus den Augen zu verlieren. Unser Ziel ist ein Ausgleich zwischen dem Wunsch nach Technologievorsprung und der breiten öffentlichen Diskussion über Vorteile und Gefahren der künstlichen Intelligenz. Wir wollen eine KI-Strategie mit klaren Zielen formulieren.

### 3. Innovationen werden zu 50% durch Software realisiert. Wie wollen Sie insbesondere die Technologieentwicklung, den Technologietransfer und die praktische Umsetzung und Kompetenzentwicklung in den Unternehmen in den Bereichen der Künstlichen Intelligenz, der Batterietechnologie, der industriellen Softwareentwicklung und der Medizintechnik fördern?

Die Verschränkung von Technologieentwicklung und praktischer Umsetzung werden wir in innovativen regionalen Clustern unter Einbindung regionaler Wirtschaftskreisläufe fördern und vorantreiben. Als Schwerpunkte sehen wir folgende Bereiche: nachhaltige Mobilität, Umwelttechnologie und Ressourceneffizienz, Medizintechnologie und Life Sciences, Anlagen und Maschinenbau.

**4. Welches konkrete Konzept haben Sie für diese Unterstützung und wie unterstützen Sie die Innovationsfähigkeit im Verbund von Industrie und Forschung, insbesondere an den Forschungseinrichtungen wie dem Karlsruher Institut für Technologie?**

Insbesondere für das KIT ist mit dem 2. KIT Weiterentwicklungsgesetz mit Zustimmung der SPD ein weiterer Schritt für Innovationsfähigkeit im Verbund von Industrie und Forschung gegangen worden, den wir auch weiterhin konstruktiv begleiten werden.

**7. Historische Lernorte und Gedenkstätten**

**1. Können Sie es verantworten, dass am Ort des zentralen badischen KZs der Jahre 1933 bis 1939, in dem ein ehemaliger Landesjustizminister ermordet wurde und von dem aus zahlreiche Häftlinge weiter in andere Lager und damit in den Tod ‚verschubt‘ wurden, weiter nicht an die NS-Zeit erinnert wird?**

Wir werden ein besonderes Augenmerk auf die Arbeit der Gedenkstätten im Land und auf die Lern- und Dokumentationszentren zum Nationalsozialismus legen. Die Erinnerungskultur muss Teil unserer Identität sein und Frieden und Toleranz fördern. Die SPD verspürt eine enge Verbundenheit mit dem Projekt Lernort Kislau und setzt sich für seine Umsetzung ein.

**2. Und können Sie es vor allem verantworten, dass es im badischen Landesteil – anders als im württembergischen – auf absehbare Zeit weiterhin keinen Ort geben wird, an dem ein außerschulisches Vermittlungsangebot zur NS-Landesgeschichte unterbreitet wird?**

Im Rahmen unseres Schwerpunktes der Gedenkstättenarbeit zum Nationalsozialismus sind wir stets aufmerksam für geeignete Orte, die uns dem Ziel, dass es jedem\*r Schüler\*in ermöglicht werden soll, mit der Schule eine KZ Gedenkstätte zu besuchen, im wahrsten Sinne des Wortes näherbringen. So hat sich die SPD erfolgreich für ein NS-Dokumentationszentrum in Freiburg eingesetzt, das in diesem Jahr noch eröffnen wird.